



Leopoldstädter
VOLKSBLATT

Immer mehr Wiener können ihre Miete nicht bezahlen

Tariferhöhungen, Steuererhöhungen, ein überproportionales Ansteigen des Verbraucherpreisindex – explodierende Wohnungskosten machen es immer mehr Wiener unmöglich, ihre Miete zu bezahlen. Allein rund 5000 Mieter von Wiener Gemeindewohnungen erhalten mit Beginn der Früh-

jahrssaison ein Schreiben, in dem ihnen die Delogierung angedroht werden mußte. Schon im Oktober 1983 konnten 13.443 Gemeindemieter ihren Zins nicht mehr finanzieren, rund 7000 Wiener Haushalte erlebten den Winteranfang 1983 im Finstern und Kalten. (Lesen Sie weiter auf Seite 4)

Hainburg – Wiener Trinkwasser in Gefahr

Kraftwerk Hainburg könnte Trinkwasserwerk Lobau verseuchen

Der Glaube, daß in Wien das gesunde und reine Trinkwasser ohnehin unbegrenzt aus den Hähnen sprudelt und dieses Glück auch in alle Ewigkeit anhalten wird, könnte bald ein jähes Ende finden. Eine ganze Zahl von amtlichen Gutachten weist eindeutig darauf hin, daß der geplante Bau des Donaukraftwerkes Hainburg unabsehbare Folgen für das Wiener Trinkwasser haben könnte.

Denn zu einem beträchtlichen Teil muß die Versorgung der Bundeshauptstadt bereits heute aus eigenem Grundwasser, das etwa in der Lobau aus dem Boden gepumpt wird, erfolgen. Und diese lebenswichtigen Reserven an Trinkwasser werden durch den Bau der Stromfabrik bedroht. Ein Punkt, der neben der Zerstörung der Au bei Hainburg, einer der letzten naturbelassenen Aulandschaften in ganz

Europa, als wichtigstes Argument gegen den Hainburg-Bau spricht. Doch die Wiener SPÖ vernachlässigt die Interessen der Stadt Wien. Die amtlichen Gutachten werden ignoriert, obwohl sie teilweise aus dem eigenen Rathaus kommen. Die Regierungsmitglieder der Wiener Sozialisten sprechen sich für Hainburg aus und lassen die Bedro-

hung der Wiener Lebensgrundlagen völlig außer acht. Durch ein gegen den Bau von Hainburg initiiertes Volksbegehren werden die Wiener Bürger allerdings die Chance haben, sich im Rahmen der direkten Demokratie für die Sicherung ihrer eigenen Lebensgrundlagen auszusprechen. (Fortsetzung Seite 2)



Erholungsgebiet Lobau: Bald ausgetrocknet?

Aus dem Inhalt

Hainburg	Seite 2	über dem Kopf enorm in die Höhe schnellen lassen.
Die Wiener SPÖ ignoriert die Gefahr, die der Bau des Donaukraftwerkes Hainburg für das Wiener Trinkwasser bedeuten könnte. Durch ein Volksbegehren eines überparteilichen Personenkomitees werden die Wiener jetzt allerdings Gelegenheit haben, sich selbst um ihre Interessen zu kümmern.		
Wohnkosten	Seite 4	
Immer mehr Wiener können sich das Wohnen nicht mehr leisten: Die dauernden Belastungen der sozialistischen Koalitionsregierung haben die Kosten für das Dach		
Arbeitszeit	Seite 6	
Die ÖVP bricht eine Lanze für die flexible Arbeitszeit: Teilzeitarbeit soll dem einzelnen Arbeitnehmer mehr Freiheit geben, Arbeit und Freizeit nach eigenen Bedürfnissen einzuteilen.		
Pensionsreform	Seite 11	
Die Pensionsreform der sozialistischen Koalitionsregierung bedeutet eine echte Kürzung der Pensionen.		
Vollwertkostwettbewerb	Seite 13	
Kindermalbewerb	Seite 13	

Verlagspostamt 1020 Wien

An einen Haushalt

P. b. b.

Erscheinungsort Wien

Kraftwerk Hainburg – Gefahr für Trinkwasser

Der Bau des Donaukraftwerkes Hainburg gefährdet die Versorgung der Bundeshauptstadt Wien mit lebenswichtigem Trinkwasser – amtliche Gutachten der Wiener Landesregierung beweisen das eindeutig. Die SPÖ beharrt aber weiterhin unbeirrt auf der Verbetonierung der Hainburger Au. Die Interessen der Wiener Lebensgrundlagen werden dabei völlig außer acht gelassen. Durch ein Volksbegehren werden die Wiener allerdings noch Gelegenheit haben, selbst etwas gegen die Gefährdung ihrer Lebensgrundlagen zu tun.

Eine Aufdeckung des Nachrichtenmagazins „WOCHENPRESSE“ machte es deutlich: Der Bericht des Blattes, daß auf der einzigen städtischen Deponie Wiens, am Donaustädter Rautenweg, von der Gemeinde Wien selbst riesige Mengen des Seveso-Giftes Dioxin abgelagert werden, zeigte der Öffentlichkeit wieder einmal klar, wie sehr das Wiener Grundwasser in Gefahr ist, verseucht zu werden.

Und das Wiener Grundwasser ist von immenser Bedeutung für die Versorgung der Bundeshauptstadt mit Trinkwasser, einer der Grundlagen des Lebens: Das Grundwasserwerk Lobau

deckt derzeit rund 20 Prozent des Wiener Bedarfs an Trinkwasser. Die Bedeutung des Grundwassers wird immer mehr steigen, da die beiden Hochquellenwasserleitungen längst sanierungsbedürftig sind, was eine Abschaltung der Leitungen nötig machen wird.

Daher muß Wien seine Grundwasserreserven schützen – die Lobau aber ist das letzte nahegelegene Grundwasserreservoir für Wien.

Gerade dieses lebensnotwendige Reservoir an gesundem, reinem Wasser ist nun bedroht – durch den geplanten Bau des Donaukraftwerkes Hainburg.

Eine offizielle Stellungnahme

des Amtes der Wiener Landesregierung beweist diese Gefahr mehr als eindeutig: Die wasserwirtschaftliche Begutachtung des Projekts Hainburg, so das amtliche Gutachten, habe ergeben, „daß in mehreren Punkten noch keine ausreichenden Vorkehrungen zur Hintanhaltung von Nachteilen bzw. Beeinträchtigungen“ für die Wiener Bürger getroffen wurden (siehe Rubrik „ZITIERT“).

Die wissenschaftlichen Befürchtungen der amtlichen Forscher im Klartext: Durch den Stau bei Hainburg wird das Wiener Grundwasser derart verseucht werden, daß es für den Gebrauch als Trinkwasser nicht mehr geeignet wäre.

Was ein schwerer Schlag gegen lebenswichtige Interessen der Wiener Bevölkerung wäre – die Horrormöglichkeit, daß wir unser Trinkwasser eines Tages um teures Geld in Flaschen kaufen werden müssen, rückt damit wieder ein Stück mehr in Richtung Realität.

Aber auch ein großer und wichtiger Erholungsraum für die Wiener, eines der ohnehin schon rar gewordenen Gebiete naturbelassener Landschaft, wird durch Hainburg in seinem Bestand gefährdet: die Lobau, das letzte natürliche Augebiet im Raum Wien und eine der letzten urwüchsigen Aulandschaften in ganz Europa.

Der SPÖ sind diese wichtigen

Interessen der Wiener Bürger offensichtlich vollkommen egal: Bundeskanzler Fred Sinowatz, im zweifelhaften Glanz neu eingeübter Durchsetzungskraft, beharrt abseits jedes Sacharguments auf den Bau Hainburgs. Und auch der Wiener SPÖ-Stadtrat Johann Hatzl legte mit seinem uneingeschränkten Ja zu Hainburg die Linie der Wiener Sozialisten offen.

Einzig und allein die Wiener Volkspartei meldete Bedenken gegen den Bau des Kraftwerks an: „Solange die Frage des Wiener Trinkwassers nicht eindeutig geklärt ist und wir Garantien haben, daß unser Wasser gesund und rein bleibt, gibt es von uns nur ein klares Nein zum Bau“, betont Erhard Busek, Vizebürgermeister und Landesparteiobmann der Wiener Volkspartei.

Die Wiener Bürger werden allerdings Gelegenheit haben, gemeinsam mit der Wiener Volkspartei etwas zur Sicherung ihrer ureigensten Interessen zu tun, um die sich die Sozialisten offensichtlich nicht kümmern wollen: Unter der Patronanz des Nobelpreisträgers Konrad Lorenz soll ein Volksbegehren gegen den Bau des Kraftwerkes Hainburg stattfinden.

Die Initiatoren: ein überparteiliches Personenkomitee, dem auch der Wiener ÖVP-Stadtrat Jörg Mauthe und der VP-Landtagsabgeordnete Johannes Hawlik angehören.



Erholungsgebiet Lobau: Vom Austrocknen bedroht

Sicherer geht's nicht



selbstverständlich
**BUNDESLÄNDER
VERSICHERUNG**
ÜBERALL IN ÖSTERREICH

ZITIERT ...

... aus der Stellungnahme des Amtes der Wiener Landesregierung zum Projekt Hainburg:

Die wasserwirtschaftliche Begutachtung hat ergeben, daß durch das Projekt im Bereich des Landes Wien wichtige öffentliche Interessen berührt werden, daß jedoch in mehreren Punkten noch keine ausreichenden Vorkehrungen zur Hintanhaltung von Nachteilen bzw. Beeinträchtigungen getroffen wurden.

Das betrifft vor allem

- Maßnahmen zur Sicherstellung des Betriebes des Grundwasserwerkes Lobau,
- den Naturschutz und die Forstwirtschaft,
- den Zusammenhang des Aufstaus mit der Reinigungswirkung der Hauptkläranlage,
- den Grundwasseranstieg im 2. und 11. Bezirk und
- die Berührungspunkte mit dem Donauhochwasserschutz.

Grundwasserwerk Lobau

Aus der Sicht des Wiener wasserwirtschaftlichen Planungsorgans gilt die Sorge primär der Sicherung der Trinkwasserversorgung aus dem Grundwasserwerk Lobau. Es geht nicht nur um die gegenwärtige Versorgungssituation,



Grundwasserwerk Lobau: Trinkwasser bald Mangelware?

sondern auch um jene in nächster Zukunft.

Für die Wiener Wasserversorgung ist die Grundwassergewinnung aus der unteren Lobau unverzichtbar.

Die Verringerung der Fließgeschwindigkeit im Strom steigert die Aufenthaltszeit des Donauwassers im Einzugsbereich des Grundwasserwerkes

fast auf das Doppelte und erhöht damit die Gefahr, daß gelöste Schadstoffe ins Schutzgebiet gelangen. Weiters erhöht der Stau das Zuströmgefälle zu den Brunnen und verkürzt dadurch die unterirdische Verweildauer des Uferfiltrats, was den Filtereffekt reduziert.

Zwar sieht das Projekt im künftigen Rückstaudamm eine Dichtungsschürze vor, die fast über die gesamte Längerstreckung des Schutzgebietes (Schönauer Schlitz bis zum Ölhafen) angeordnet ist und von der Dammkrone bis 1 m über den Grundwasserstauer reicht. Eine Durchrechnung der Anströmverhältnisse für die projektierten Randbedingungen hat indes eine Verkürzung der unterirdischen Verweildauer des Uferfiltrats auf 60% des ungestörten Ausgangswertes ergeben, was insbesondere aus hygienischer Sicht bedenklich ist.

Für den Bereich Stromkilometer 1916 bis 1918, also im Bereich des Zufahrtskanals zum Ölhafen, ist eine Dichtung bis zum Grundwasserstauer vorgesehen. Der Aufstau ändert die Zuströmverhältnisse aus dem Bereich des Ölhafens jedoch derart, daß die von den DoKW vorgese-

hene Dichtung nicht verhindern könnte, daß kohlenwasserstoffkontaminiertes Grundwasser aus dem Bereich des Zentraltanklagers der ÖMV, des Shell-Geländes und des Ölhafens mobilisiert wird, auf Grund geänderter Grundwasserspiegellagen landseits die geplante Dichtung umströmt und direkt ins Schutzgebiet gelangt. ■

Vizebürgermeister Dr.
ERHARD BUSEK



Aus der Sicht der Wiener Bevölkerung ist das Problem des geplanten Kraftwerks Hainburg kein Problem von Staudämmen oder Standorten. Die Frage, ob die Donau im Bereich von Hainburg aufgestaut werden soll oder nicht, berührt vielmehr die existen-

„Wien muß die Lobau schützen“

ziellen Fragen der Lebensgrundlagen für alle Wiener.

Denn wie viele namhafte Experten befürchten, könnte das Kraftwerk Hainburg eine enorme Gefahr für die Versorgung der Großstadt Wien mit lebensnotwendigem Grundwasser bedeuten.

Und immerhin hängt die Trinkwasserversorgung der Zweimillionenstadt in immer größerem Maße vom Grundwasser ab: Schon heute wird das Grundwasserwerk Lobau unbedingt benötigt, um rund 20 Prozent des Wiener Bedarfs an Trinkwasser zu decken.

Diese Abhängigkeit vom Grundwasser, um den kühlen Schluck aus der Wasserleitung genießen zu können, wird in absehbarer Zeit aber noch weit größer werden. Die traditionellen Wiener Hochquellenwasserleitungen sind nämlich von enormen Schwierigkeiten bedroht – da sie dringend reparaturbedürftig sind, ist mit der Abschaltung zumindest einer der beiden Hochquellenleitungen zu rechnen.

Ausweichmöglichkeiten gibt es kaum: Denn das für die Wiener gebaute Wasserwerk in der Mitterndorfer Senke ist durch die dort wütende Grundwasserpest auf Jahre hinaus unbenutzbar.

Es bleibt uns Wienern also nur eines übrig: Wir müssen jene Reserven an gesundem Grundwasser, die uns in der Wiener Region zur Verfügung stehen, mit allen Mitteln erhalten und schützen.

Die Lobau ist das letzte naheliegende Grundwasserreservoir für Wien – und gerade dieses lebensnotwendige Reservoir an genießbarem Trinkwasser wird – wie viele Expertenmeinungen untermauern –

von der geplanten Staustufe Hainburg bedroht.

Durch den Hainburg-Stau wird es nämlich zu einer gefährlichen Beeinträchtigung der Qualität des Grundwassers im Bereich der Lobau kommen. Die große Gefahr: Durch die langsamere Fließgeschwindigkeit der Donau werden im Strom mitgeführte Schadstoffe länger im Bereich des Grundwassers verweilen.

Das erhöht laut Gutachten die Gefahr, daß diese Schadstoffe das Grundwasser verseuchen, zumindest auf das Doppelte.

Die prekäre Folge: Das Grundwasser, das vom Werk Lobau aus dem Boden gepumpt wird, damit es als Trinkwasser bei uns zu Hause aus dem Hahn fließen kann, wäre verseucht.

Die Stellungnahmen der Wiener SPÖ zu Hainburg sind in letzter Zeit von einem gefährlichen Zynismus geprägt: Obwohl die lebensbedrohende Frage der Grundwasserversorgung noch in keiner Weise geklärt ist, betonte etwa der Wiener Energiestadtrat Johann Hatzl, entgegen dem Eindruck aus Zeitungsberichten sei die SPÖ Wien dem Kraftwerksbau Hainburg gegenüber durchaus positiv eingestellt.

Hatzls Begründung: Hainburg sei die umweltfreundlichste Lösung und komme der Donauschiffahrt entgegen.

Die Gefahr für das Wiener Trinkwasser läßt Hatzl einfach unter den Tisch fallen.

Bevor nicht eindeutig geklärt ist, daß Hainburg die Qualität des Wiener Grundwassers auch nicht im geringsten beeinträchtigt, steht für die Wiener Volkspartei eine weitere Debatte über eine Zustimmung zu Hainburg gar nicht auf der Tagesordnung.

Kraftwerk Hainburg: ja oder nein?



Thomas Kohl
Student

In Wien wird voraussichtlich in den nächsten Jahren Trinkwasser knapp. Die Grundwasserreserven aus der Lobau werden daher immer wichtiger und müßten ganz besonders geschützt werden. Das Stauwasser von Hainburg könnte wegen der ungenügend gereinigten Abwässer aus Wien das Lobauwasser langsam vergiften. Eine Versorgung mit Trinkwasser aus dem Tankwagen wünsche ich mir nicht. Deshalb: Lieber nicht bauen.



Alfons Salvat
Kaufmann

Müssen erst alle Brunnen ausgetrocknet, die Heilquellen versiegt und die Auen gerodet sein, bis Fehler eingestanden werden, was auch niemandem mehr nützt? Vielmehr sollten die Energiebedarfsprognosen noch einmal kritisch geprüft werden. Benötigt die Wirtschaft in Zukunft denn überhaupt noch immer mehr Strom? Die Formel: Mehr Energie bedeutet mehr Wirtschaftswachstum, stimmt im Zeitalter der Elektronik nicht mehr.



Therese Bacher
Hausfrau

Lieber Energie sparen als Hainburg bauen. Die Aulandschaft darf nicht sterben. Der Appell von Prof. Lorenz hat mich sehr beeindruckt. Man darf jetzt nicht einfach in den alten Trott verfallen. Arbeitsplätze sollten nun endlich im Umweltschutz geschaffen werden. Ich fände es verantwortungslos, so lange zu warten, bis es nichts mehr gibt, was zu schützen wäre, weil die Umwelt ohnehin schon total ruiniert ist.



Leo Usner
Hotelfachmann

Bevor ich mich endgültig entscheide, möchte ich noch mehr über die Auswirkungen eines Baus oder Nachteile eines Verzichts wissen. Ich möchte auch die noch ausstehenden Gutachten abwarten. Voreilige Entscheidungen finde ich genauso falsch wie endlose Diskussionen über dieses Thema. Jetzt sollten die Experten das Wort haben, dann aber müßte man auch der Bevölkerung die Chance einer Mitsprache geben.

Grün statt Bahnhof

„Da bietet sich eine ungeheure städtebauliche Chance“, ist Ernst Neubert, Landtagsabgeordneter der Wiener Volkspartei und Betreuungsmandatar für den 20. Bezirk, begeistert. Das Objekt von Neuberts Plänen: das Areal des Nordwestbahnhofes. „Die Fläche würde sich ideal dafür eignen, sie städtebaulich mit Wohnungen, Betrieben, öffentlichen Einrichtungen, Grün- und Erholungsflächen und ähnlichem zu nutzen“, kann sich Neubert vorstellen. Vor allem aber könnten durch eine Absiedlung der derzeit noch auf dem Nordwestbahnhofgelände angesiedelten Betriebe einige Probleme mit einem Schlag gelöst werden: Derzeit zerschneidet der Nordwestbahnhof den 20. Bezirk in zwei Teile. Infolge des großen Lärms und anderer schädlicher Umwelteinflüsse stellt er aber auch eine echte Belästigung für die Anrainer dar. Neubert verlangt daher, daß umgehend Verhandlungen mit den ÖBB aufgenommen werden sollen, um das Bahnhofsgelände abzusiedeln.

Tramway Ring-Rund

Seit dem Baubeginn für die neue U-Bahn-Linie U 3 ist die Misere perfekt: Die Linie T wurde eingestellt und die Endstelle der Linie J zur Oper verlegt. Dadurch verkehren nun wesentlich weniger Straßenbahnzüge über die Ringstraße. Die Folge sind überlange Wartezeiten für die Straßenbahnbenutzer und hoffnungslos überfüllte Tramwaywaggons zu den Hauptverkehrszeiten. Die Klagen der Trambenutzer darüber werden immer vehementer. Dieser unbefriedigende Zustand könnte entweder durch die Ring-Rund-Führung weiterer Straßenbahnlinien oder durch die Schaffung einer eigenen Ring-Rund-Linie behoben werden. Da aber zufolge von Aussagen der zuständigen Stellen eine Ring-Rund-Führung weiterer bereits bestehender Straßenbahnlinien an technischen Problemen scheitert, verlangte die Wiener Volkspartei im Gemeinderat die Einrichtung einer eigenen Linie mit Ring-Rund-Führung.

Mehr Geld für Familien

Die Belastungspolitik der sozialistischen Koalitionsregierung bleibt nicht ohne Folgen: Eine Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung hat ergeben, daß die SPÖ-Politik für Kleinverdiener und kinderreiche Familien eine jährliche Mehrbelastung von rund 18 Prozent bedeutet. Nach Meinung der ÖVP-Landtagsabgeordneten Eva Petrik und Johannes Prochaska wäre daher über den für 1984 vorgesehenen Abgeltungsbetrag hinaus auch eine Erhöhung der Familienbeihilfen nötig, die bereits seit drei Jahren nicht mehr erhöht wurden. Dadurch könnte wenigstens eine teilweise Abgeltung der Teuerungen für kinderreiche Familien erreicht werden. Petrik und Prochaska forderten deshalb den Wiener Bürgermeister Leopold Gratz auf, sich auf Bundesebene bei seinen sozialistischen Parteigenossen für eine entsprechende Erhöhung der Familienbeihilfe einzusetzen.

Kostenloser Wasser- anschluß

Die aktuellen Fälle von Grundwasserverseuchung im 21. und 22. Wiener Gemeindebezirk haben es wieder gezeigt: Besitzer von Grundwasserbrunnen, die von Wasserverseuchungen betroffen sind, kommen durch die Notwendigkeit eines Anschlusses ans öffentliche Wassernetz in enorme finanzielle Schwierigkeiten. Nach Meinung der Wiener Volkspartei wäre es aber in solchen Fällen eigentlich Aufgabe der Gemeinde Wien, eine der Lebensgrundlagen, nämlich reines Trinkwasser, zur Verfügung zu stellen. Deshalb brachte die Wiener Volkspartei im Gemeinderat einen entsprechenden Antrag ein. Danach soll die Gemeinde Wien bei Umweltkatastrophen wie Grundwasserverseuchungen größeren Ausmaßes den Anschluß ans öffentliche Wassernetz kostenlos zur Verfügung stellen. Für alle, die auf Grund von Verseuchungen ihres Grundwassers bereits Beträge für diesen Anschluß aufgewendet haben, soll wenigstens eine teilweise Vergütung geleistet werden.